

**Bayerische SPD-Landesgruppe
Pressestelle**

**Gute-Arbeit-Newsletter Nr. 11
19. November 2008**

1. Gefeiert: 90 Jahre Freistaat Bayern/SPD-Landesgruppe gedenkt Kurt Eisner

Am 12. November feierte die Bayerische SPD-Landesgruppe den 90. Geburtstag des Freistaats in Berlin. Rund 300 Gäste sind in die Bayerische Landesvertretung gekommen, um sich den Festvortrag von Christian Ude, Oberbürgermeister von München, anzuhören. Er würdigte Kurt Eisner, den Gründer des Freistaats Bayern und ersten Ministerpräsidenten, als Politiker und Demokraten. Und er verwies auf wichtige Verdienste: Eisner hatte als unabhängiger Sozialdemokrat nicht nur die Monarchie für beendet erklärt. Er hatte gleich als erstes das Frauenwahlrecht und den Acht-Stunden-Tag eingeführt. Seit Jahren fordert die BayernSPD ein würdiges Denkmal für Kurt Eisner in München.

Infos unter

<http://bayernspd.de/news/volles-haus-bei-freistaatsfeier-der-landesgruppe/>

2. Besucht: Junge Gewerkschafter bei der Bayerischen SPD-Landesgruppe

Junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hatten die bayerischen Bundestagsabgeordneten vergangene Woche in Berlin zu Besuch. Eine Woche lang haben sie die Abgeordneten begleitet und Einblicke in die parlamentarische Arbeit bekommen. Einen Abend trafen sie sich mit mehreren Mitgliedern der Bayerischen Landesgruppe: Die Gewerkschaftsjuniorinnen und -junioren berichteten von ihrer Arbeit und stellten Fragen zur aktuellen Politik. Florian Pronold berichtete über Finanzkrise und Reform der Erbschaftsteuer, Angelika Graf und Bruni Irber gaben ihre Einschätzung über den Afghanistan-Konflikt wider, Klaus Barthel beantwortete Fragen zu Arbeitnehmerthemen.

Die SPD-Bundestagsfraktion lädt jedes Jahr junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein, damit sie den Bundestag kennenlernen und Kontakte knüpfen können.

Infos unter

<http://bayernspd.de/news/gewerkschaftsjunioren-bei-der-spd-landesgruppe/>

3. Beschlossen: Das Flexi II - Schutz von Arbeitszeitkonten wird verbessert

Arbeitszeitkonten sind ab jetzt besser geschützt. Auf Initiative der SPD hat der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche ein Gesetz - das Flexi II - beschlossen, das Arbeitszeitkonten praktikabler und sicherer macht, zum Beispiel wenn ein Unternehmen pleite geht. Das Gesetz regelt, dass die Definition von Wertguthaben klarer gefasst wird als bisher. So können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre Wertguthaben Freistellungen organisieren für Qualifizierung

und Weiterbildung, für Kinderbetreuung und Pflege, für den Übergang in die Altersrente, für das Aufstocken von Teilzeitentgelt oder ein Sabbatical.

Ein weiterer Vorteil ist der verbesserte Insolvenzschutz von Wertguthaben. Auch für den Fall einer ungenügenden Insolvenzsicherung ist ein Schadenersatz für die Beschäftigten vorgesehen. Schließlich können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter bestimmten Bedingungen ihre Langzeitkonten mitnehmen, wenn sie den Job wechseln. Bei einem Arbeitgeberwechsel kann das Wertguthaben auf die Deutsche Rentenversicherung übertragen werden, so dass eine Auflösung damit nicht mehr erforderlich ist.

Weitere Infos unter

http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,42506,00.html

4. Beraten: Vermittlung in Arbeit wird verbessert

Die SPD kämpft innerhalb der Großen Koalition dafür, dass die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit verbessert wird. In dem Gesetzentwurf zur „Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“, der am 13. November in 1. Lesung beraten wurde, konnte die SPD einiges durchsetzen. Vor Weihnachten soll er verabschiedet werden.

Zentrale Punkte sind:

1. Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler bekommen mehr Spielraum. Sie können eingeständig Zuschüsse vergeben für Fahrt-, Bewerbungs- oder Umzugskosten der Arbeitsuchenden.
2. Jugendliche und Erwachsene sollen einen Rechtsanspruch bekommen, um den Hauptschulabschluss nachzuholen.
3. Für Langzeitarbeitslosen soll es maßgeschneiderte Projekte geben, damit sie wieder in das Berufsleben eingegliedert werden können.
4. Sprachförderung wird ein zentrales Thema: Migrantinnen und Migranten, die über keine Deutschkenntnisse verfügen, sollen zur Teilnahme an einem Sprachkurs verpflichtet werden, damit sie ins Berufsleben einsteigen können.

Weitere Infos unter

http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,44844,00.html

5. Geschafft: Kompromiss bei Erbschaftssteuer trotz CSU-Blockade

Die CSU will die Reichen schonen. Beinahe hätte sie die Reform der Erbschaftsteuer scheitern lassen und damit auf Einnahmen von vier Milliarden Euro verzichtet. Auf den letzten Drücker war die CSU zum Kompromiss bereit. Die SPD konnte durchsetzen, dass Kinder selbst genutztes Wohneigentum nur dann steuerfrei erben, wenn die Wohnung oder das Haus kleiner als 200 Quadratmeter sind. Wer also eine Villa erbt, muss Erbschaftsteuer zahlen.

Eine weitere wichtige SPD-Forderung war der Arbeitsplatzert halt: Führt ein Firmenerbe seinen Betrieb sieben Jahre lang weiter, und hält er sich an eine festgelegte Lohnsumme, dann muss er wenig Erbschaftsteuer zahlen. Die Steuer entfällt komplett, wenn der Betrieb zehn Jahre lang weitergeführt wird. Die SPD hätte diese Zeitspanne gerne erhöht, musste mit der Union hier aber einen Kompromiss eingehen.

In der kommenden Woche - am 27. November - wird die Reform im Deutschen Bundestag verabschiedet.

6. Verlängert: Bezugsfrist bei Kurzarbeitergeld bei 18 Monaten

Kurzarbeitergeld kann ab 1. Januar 2009 18 Monate lang bezogen werden. Der Verlängerung, die erst einmal für ein Jahr gelten soll, hat das Bundeskabinett vor wenigen Tagen zugestimmt. Diese gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis zum 31. Dezember 2009 entsteht. Damit wird den von Auftragseinbrüchen betroffenen Unternehmern geholfen, Phasen mit schlechter Auftragslage zu überstehen, ohne Beschäftigte entlassen zu müssen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen auch in Krisenzeiten ihren Arbeitsplatz behalten.

Siehe auch

http://www.bmas.de/coremedia/generator/29420/2008_11_12_kurzarbeitergeld.html

7. Er kämpft: SPD erinnert an 90 Jahre Frauenwahlrecht

Vor 90 Jahren - am 12. November 1918 - erhielten die Frauen in Deutschland das Wahlrecht. Dieses wird heute als Selbstverständlichkeit gesehen. Tatsächlich musste die SPD hart dafür kämpfen. Als erste Partei in Deutschland hatte die SPD das Frauenwahlrecht im Jahr 1891 in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien hat die SPD das aktive und passive Wahlrecht für Frauen durchgesetzt, mit sozialdemokratischen Kämpferinnen wie Marie Juchacz an der Spitze.

Auch heute werden Frauen benachteiligt: in der Politik, im Berufsleben, bei der Entlohnung. Trotz besserer Abschlüsse, einem schnelleren Studium und umfassender Qualifikation steht bei Frauen am Monatsende weniger auf dem Gehaltszettel als bei den Kollegen. Frauen verdienen in Deutschland durchschnittlich rund 22 Prozent weniger. Die Bayerische SPD-Landesgruppe kämpft weiterhin dafür, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen verwirklicht wird.

Infos unter

<http://bayernspd.de/news/90-jahre-frauenwahlrecht-spd-ruft-frauen-zur-poli/>

V.i.S.d.P.:

Larissa Schulz-Trieglaff

Pressereferentin

Bayerische SPD-Landesgruppe

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin